

«Aus heutiger Sicht will die Regierung längerfristig weder die Option einer Weiterführung der EWR-Lösung noch verschiedene Beitrittsvarianten sowie andere neu gestaltete Vertragsbeziehungen zur EU ausschliessen.»⁸³ Allerdings definiert die Regierung die Szenarien nicht weiter, denn sie will «im Hinblick auf eine verlässliche und konsequente Aussenpolitik vermeiden, verschiedene aussenpolitische Optionen unter hypothetischen Annahmen öffentlich vorzustellen».⁸⁴ Immerhin soll «auch eine EU-Mitgliedschaft nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden».⁸⁵ Deutlicher wird hingegen die Aussenministerin in einem Zeitungsinterview, in welchem sie einen EU-Beitritt Liechtensteins als «nicht grössenverträglich» klassifiziert, da es «nicht tragbar» wäre, dass die Hälfte der liechtensteinischen Landesverwaltung für die EU arbeiten würde.⁸⁶

Die Aussenbeziehungen der EU sind durch eine hohe Anzahl an bi- und multilateralen Kooperations- und Assoziationsformen gekennzeichnet. Entsprechend vielfältig sind die Integrationsoptionen, die Liechtenstein als Modell dienen könnten, deren konkreten Ausprägungen jedoch Verhandlungssache wären. Eine Möglichkeit Liechtensteins wäre der Abschluss von Zoll- und / oder Kooperationsabkommen, wie sie zwischen der EU und San Marino sowie zwischen der EU und Andorra bestehen. Aus liechtensteinischer Sicht würde dies jedoch sowohl bezüglich der materiellen Substanz als auch der institutionellen Teilhabe einen integrationspolitischen Rückschritt bedeuten.⁸⁷ So würden beispielsweise im Vergleich zum EWR die Mitwirkung am Policy-Making der EU und die Rechtsicherheit deutlich geschwächt, während die zu erwartende geringere Regulierungsdichte eine extensivere Nischenpolitik ermöglichen würde. Allerdings wäre eine «Steuerparadies»-Politik angesichts der gerade in diesem Bereich zunehmenden Nivellierung des nationalstaatlichen Aktionsraums wenig realistisch und kaum wünschenswert. Im Dezember 2010 kündigte der Rat der EU an, mit Bezug auf Andorra, Monaco und San Marino die Möglichkeit «einer etwaigen schrittweisen Integration dieser Staaten in den Binnenmarkt» zu unter-

83 Liechtenstein, Ziele und Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik, S. 118.

84 Ibid., S. 120.

85 Ibid., S. 119.

86 Frick, Interview, Neue Zürcher Zeitung, op.cit.

87 Gstöhl, Flexible Integration für Kleinstaaten?, op.cit., S. 97–107.